

Steuererhöhungen in der 2. und 3. Säule: Schwyzer Wirtschaft wehrt sich vehement gegen Bundesratspläne

Der Bundesrat will die Steuern für Bezüge aus der 2. und 3. Säule anheben. Die Liberty Vorsorge AG in Seewen und der Schwyzer Wirtschaftsverband halten diese Pläne für ungerecht.



Oliver Bienek ist CEO der Liberty Vorsorge AG in Seewen. Die vom Bundesrat geplanten Steuererhöhungen in der 2. und 3. Säule bereiten ihm Sorge.

Damian Bürgi

Mit Oliver Bienek sprach Damian Bürgi

Der Bund muss sparen, der Finanzplan weist ab 2027 ein jährliches Defizit von drei Milliarden Franken aus. Dabei setzt Bundesrätin Karin Keller-Sutter auch auf der Einnahmenseite an. Kapitalbezüge aus der 2. und 3. Säule sollen künftig höher besteuert werden, was geschätzte Mehreinnahmen von rund 160 Millionen Franken jährlich bei der direkten Bundessteuer und rund 40 Millionen Franken für die Kantone einbringen soll. Oliver Bienek ist CEO der Liberty Vorsorge AG mit Sitz in Seewen, die rund 5,5 Milliarden Franken an Vermögen ihrer Kundschaft in der 2. und 3. Säule verwaltet. Er wehrt sich in einem Positionspapier vehement gegen die Pläne von Finanzministerin Keller-Sutter.

Was stört Sie am meisten an der geplanten Reform bei der Vorsorge?

Dass nun rückwirkend für viele Personen, die jahrelang ihr Geld in der 2. und 3. Säule angelegt haben, die Spielregeln geändert werden. Das Schweizer Vorsorgemodell ist eine Erfolgsgeschichte, die geplanten Änderungen würden jetzt viel Vertrauen in unseren sicheren und berechenbaren Staat zerstören.

«Matchentscheidende Spielregeln dürfen nicht geändert werden.»

Oliver Bienek

CEO Liberty Vorsorge AG

Anlagen, privat wie auch in der Vorsorge, sind aber immer langjährig. Dann dürfte man die Spielregeln ja nie ändern und das Vorsorgemodell nie reformieren?

Genau deswegen dürfen matchentscheidende Spielregeln nicht geändert werden. Als zum Beispiel das Frauenrentenalter in der 1. Säule erhöht wurde, gab es für die benachteiligten Frauen eine Entschädigung.

Dann würden Sie die Reform befürworten, wenn es eine Entschädigung für Anlegerinnen und Anleger gäbe?

Nein, der Staat will ja mehr Steuern einnehmen – diese dann wieder umzuverteilen, wäre sinnlos. Einigermassen fair wäre es nur, wenn man für Einzahlungen ab einem bestimmten Datum die neuen Spielregeln einführen würde, was zu mehr Aufwand für alle führen würde. Die Steuererhöhungen sind ungerecht und generell abzulehnen.

Sie wehren sich vehement gegen das Vorhaben. Was stört Sie sonst noch?

Wenn man heute zum Beispiel eine grössere Anschaffung tätigt und alles auf einmal bezahlt, bekommt man ein Skonto, also einen Rabatt. Ähnlich verhält es sich bei den Steuern: Wenn ich die ganze Pensionskasse auf einmal beziehe, zahle ich also einen tieferen Steuersatz. Künftig wären Einmalbezüger und regelmässige Bezüger gleichgestellt, das ist sehr störend.

«Die Steuerverwaltungen profitieren doppelt. Ich weiss aber nicht, wie viele Steuerverwaltungen wirklich finanzielle Probleme haben.»

Oliver Bienek

CEO Liberty Vorsorge AG

Weshalb?

Die Steuerverwaltungen profitieren doppelt: Sie hätten das Geld sofort zur Verfügung und dann noch zu einem höheren Satz. Ich weiss aber nicht, wie viele Steuerverwaltungen wirklich finanzielle Probleme haben (*schmunzelt*).

Sie sagen in Ihrem Positionspapier, der Mittelstand würde geschröpft. Die Steuererhöhungen sollen aber erst für Kapitalbezüge ab 200'000 Franken gelten. Könnte man da nicht einfach mehrere Kapitalbezüge unterhalb dieses Betrags tätigen?

In der 2. Säule, also bei der Pensionskasse, kann man zum Beispiel im Zuge seiner Pensionierung den Beschäftigungsgrad senken. Wenn man aber Geld benötigt, sagen wir, weil jemand seinen Job verliert, ist das Geld auf einem Freizügigkeitskonto blockiert – dann bleibt einem meist nur übrig, alles oder nichts herauszunehmen. Ein Modell von mehreren Bezügen über eine Freizügigkeitsstiftung gibt es in der Schweiz so nicht.

Welche anderen Möglichkeiten gäbe es denn für den Bund?

Seien wir mal ehrlich: Die geschätzten Mehreinnahmen von 160 Millionen Franken wären ein Tropfen auf den heissen Stein. In das Sparpaket gehört auch Personalabbau in der Bundesverwaltung, ein Abbau von zirka zehn Prozent würde jährliche Einsparungen von rund 500 Millionen Franken einbringen.

Der Abbau des Verwaltungsapparats ist eine gern und oft gehörte Forderung aus der Wirtschaft.

Behaften Sie mich bitte nicht auf den genauen Zahlen, aber die Schweizer Bundesverwaltung hat rund 43'000 Angestellte für rund neun Millionen Einwohner, die Verwaltung der Europäischen Union in Brüssel beschäftigt rund 60'000 Personen für knapp 450 Millionen Einwohner. Da sollte bei uns ein Abbau von zehn Prozent durchaus möglich sein.

So würde sich die Steuerbelastung erhöhen (Berechnungen: H+I):

- 50 Prozent mehr Bundessteuern bei einem Kapitalbezug von 200'000 Franken
- 59 Prozent mehr Bundessteuern bei 400'000 Franken
- 71 Prozent mehr Bundessteuern bei 600'000 Franken
- 77 Prozent mehr Bundessteuern bei 800'000 Franken
- Fast eine Verdoppelung der Bundessteuer bei einer Million Franken

Schwyzer Wirtschaftsverband: «Eine Bedrohung für das Dreisäulensystem»

Auch der H+I – Der Schwyzer Wirtschaftsverband kann sich mit den geplanten Steuererhöhungen nicht anfreunden. «Es sollte nicht sein, dass der Mittelstand, Selbstständige, gesundheitlich angeschlagene Personen und Hinterbliebene die Last eines unausgeglichenen Bundeshaushalts tragen sollen», lässt der Verband in einem Positionspapier verlauten.

Die Erhöhungen würden zudem «eine Bedrohung für das Schweizer Dreisäulensystem» darstellen und die falschen Anreize setzen. «Wer privat spart, wird bestraft. Wer Eigenverantwortung übernimmt, wird zur Kasse gebeten», so der Verband. Der H+I kritisiert wie Oliver Bienek die rückwirkende Änderung der Spielregeln. Dies «untergräbt das Vertrauen in die langfristige Planungssicherheit des Schweizer Rentensystems». (*dabu*)